

leute etwas aus ihrem selbstsicheren Vertrauen in die französische Atommacht wachrütteln. Die Überraschung ging in Aufatmen über bei denen, die neben dem Streit um die privaten, zu meist katholischen Schulen ein zweites Konfrontationsfeld zwischen sozialistischer Regierung und katholischer Kirche heraufziehen sahen. Staatspräsident *François Mitterrand* sagte unlängst noch, er fürchte nicht so sehr eine Erklärung der Bischöfe zur Schulfrage als vielmehr eine zur Friedensfrage (*Le Monde*, 10. 11. 83). Die einzige Kritik, die die französische Verteidigungspolitik nun hat einstecken müssen, ist der Hinweis darauf, daß bereits das Konzil eine direkte Bedrohung der Privatbevölkerung, wie sie die atomare Abschreckungsstrategie Frankreichs vorsieht, verurteilt. Aber auch diese Kritik wird im nächsten Satz mit der Feststellung abgeschwächt, Drohung sei nicht Gebrauch.

Protestanten entschieden sich anders

Nach der Veröffentlichung des Textes war in der französischen Öffentlichkeit mehr als einmal zu hören, was Staatspräsident Mitterrand den Bischöfen wohl auf deren Gebieten versprochen habe, daß die Bischöfe sich so eindeutig hinter die Sicherheitspolitik stellten. Vor allem war vom Entgegenkommen in der Schulfrage (vgl. HK, März 1983, S. 105–107) die Rede; dies hieße, den Bischöfen mehr Opportunismus zutrauen, als ihnen selbst Gegner der Kirche unterstellen. Bekannt ist aber, daß die Regierung unter Mitterrand, nachdem sie – für sie überraschend – feststellte, wie stark in der Bundesrepublik die Friedensbewegung in den Kirchen verankert ist, sich in Sicherheitsfragen sehr um die Kirchenleitungen bemüht hat.

Ein Aufatmen gab es auch außerhalb Frankreichs bei denen, die in bisherigen kirchlichen Stellungnahmen zur Friedensfrage die westliche Verteidigungsstrategie nicht in dem Maße unterstützt sahen, wie sie sich dies gewünscht hatten. Ist doch der Gegensatz beispielsweise zur Erklärung der

US-amerikanischen und auch zu der der deutschen Bischöfe unübersehbar. Im Gegensatz zu den amerikanischen, jedoch ähnlich wie die deutschen Bischöfe lassen sich die französischen Bischöfe in die Debatte um technische Details nicht ein. Während die US-Bischöfe eine Trennung moralisch vertretbarer Drohung und unmoralischer Anwendung ablehnen, bauen die französischen Bischöfe ihre Position gerade auf dieser Unterscheidung auf. Obwohl sie die Gefahren des gegenwärtigen Abschreckungssystems keineswegs verschweigen, klingt ihr Votum für diese Strategie doch entschiedener und weniger nuanciert als das der deutschen Bischöfe. Ein Hinweis auf *Vorleistungen* im Sinne erster begrenzter Abrüstungsschritte, wie ihn die deutsche Erklärung enthält, fehlt in der französischen:

Bemühungen, zusammen mit den evangelischen Kirchen in Frankreich zu einer gemeinsamen Erklärung zum Thema Abschreckung zu kommen, waren der Veröffentlichung der französischen Erklärung vorausgegangen. Wenige Tage nach den katholischen Bischöfen veröffentlichte – offenbar als Antwort auf die katholische Erklärung gedacht – der Protestantische Kirchenbund, ein Zusammenschluß von Reformierten und Lutheranern Frankreichs, auf seiner Generalversammlung in La Rochelle eine Stellungnahme, in der man die Abschreckung für moralisch unannehmbar bezeichnet und sich für ein auch einseitiges Einfrieren der französischen Atomrüstung ausspricht. Die ursprünglich nicht erwartete, fast einmütige Zustimmung zu diesem Text – 124 Ja- bei nur 13 Neinstimmen und 11 Enthaltungen (vgl. *La Croix*, 15. 11. 83) – wäre vermutlich so überwälti-

gend nicht gewesen, wäre der Abstimmung nicht das katholische Papier vorausgegangen.

Zu den Merkwürdigkeiten der Entstehungsphase der Erklärung der katholischen Bischöfe gehört die Eile, mit der in einer so fundamentalen Frage vorgegangen wurde. Obendrein wurde die für diese Frage in erster Linie zuständige Kommission „Iustitia et Pax“ an der Erarbeitung des Textes nicht beteiligt und auch die Sozialkommission wurde übergangen.

Versäumt, Fronten aufzubrechen

Das Dokument der französischen Bischöfe spiegelt insofern die besondere Position Frankreichs anschaulich wider, als es unübersehbar die eigene historische Erfahrung Hitler-Deutschland gegenüber mit einbringt (vgl. das Gespräch mit *Henri Ménudier* in HK Oktober 1983, S. 456 ff.). Vielleicht ist es vor allem diese historische Parallele, die die Bischöfe über weite Strecken der Erklärung auf den Ost-West-Gegensatz abheben läßt. Ihre Auffassung von einer biblisch begründeten Gewaltlosigkeit, die sich als Appell an den einzelnen richtet, die Gesellschaft als ganze jedoch kaum zu betreffen scheint, steht in einem gewissen Kontrast zur Feststellung der deutschen Bischöfe, daß „aus dem Geist der Bergpredigt ... Folgerungen auch für die Politik zu ziehen“ seien.

Offenbar haben die französischen Bischöfe die Gelegenheit vorübergehen lassen, die für die Diskussion in Frankreich vielfach anzutreffende Alternative: (totaler) Pazifismus hier – uneingeschränkte Bejahung des herrschenden Abschreckungssystems dort, aufzubrechen. K. N.

EKD: Lutherfeier und Friedensstreit

Manch einer, der zu den Lutherfeiern am 30. Oktober nach Worms anreiste, mag das mit dem Gefühl getan haben, nun habe man des Reformators allmählich genug ge-

dacht. Schließlich waren der offiziellen Luther-Ehrung der Evangelischen Kirche in Deutschland, für die man mit Worms die (neben Coburg) einzige „Lutherstadt“ auf dem Boden der

Bundesrepublik gewählt hatte, landauf, landab unzählige Veranstaltungen, Ausstellungen und Veröffentlichungen vorausgegangen, die sich Leben, Werk und Gegenwartsbedeutung Luthers annahmen. Darüber hinaus sind Festakte selten der Ort, an dem überraschende Einsichten ausgesprochen werden.

Dennoch kam den Wormser Feierlichkeiten, die wenige Tage vor dem 500. Geburtstag Martin Luthers am 10. November stattfanden, einige Bedeutung zu, markierten sie doch für den *bundesdeutschen Protestantismus* Abschluß und gleichzeitig Höhepunkt des Lutherjahrs. Wenige Tage später folgten dann die staatlichen und kirchlichen Festveranstaltungen in der DDR: Der Staat feierte den Reformator mit einem Festakt in der Ostberliner Staatsoper, an dem auch zahlreiche Kirchenvertreter teilnahmen. Am 10. November fand dann auf dem Marktplatz in Eisleben, der Geburtsstadt Luthers, die kirchliche Luthererhebung statt, die wie das ganze Jubiläumsjahr unter dem Motto „Gott über alle Dinge lieben, fürchten und vertrauen“ stand. Die Feierlichkeiten klangen aus mit Veranstaltungen in Leipzig am 11. und 12. November, bei denen zahlreiche Vertreter anderer christlicher Kirchen zu Wort kamen, so auch Kardinal *Johannes Willebrands*, der Präsident des Einheitssekretariats.

Der Reformator und seine Ausleger

Auch die Liste der Redner beim Festakt in Worms (wie auch die Gästeliste) machte das Anliegen deutlich, der geschichtlichen Bedeutung Luthers entsprechend über die protestantischen Kirchenmauern hinauszublicken. So kamen neben den Repräsentanten der evangelischen Kirche in der Bundesrepublik und der DDR auch Bundespräsident und Bundeskanzler zu Wort, dazu als ökumenische Gäste der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und der Generalsekretär des Ökumenischen Rates.

Wer sich von den Vertretern der EKD eine prononcierte Positionsbestimmung im Blick auf Luther erwartet

hatte, konnte weder mit der Predigt von Kirchenpräsident *Helmut Hild* im Abendmahlsgottesdienst noch mit der Ansprache des Ratsvorsitzenden recht zufrieden sein: Landesbischof *Eduard Lohse* ließ zwar Luther selber in zahlreichen anschaulichen Zitaten zu Wort kommen. Seine Ausführungen zur Bedeutung der Heiligen Schrift für die Theologie des Reformators blieben aber Luther-immanent, zogen die Linien zur Gegenwart nur ganz vorsichtig aus: „Martin Luthers zu gedenken, kann daher angemessen nur so geschehen, daß wir von ihm lernen, was es heißt, von den Worten der Schrift bezwungen zu sein und ein Gewissen zu haben, das in Gottes Wort gefangen ist.“

Den Brückenschlag von Luther zu den Krisenerscheinungen der Gegenwart unternahm dafür um so nachdrücklicher, wenn auch etwas holzschnittartig, Bundespräsident *Karl Carstens*. Er stellte der „trügerischen Selbstüberschätzung des Menschen“ als Signum der Neuzeit Luthers Freiheitsverständnis gegenüber: „Freiheit war für ihn kein Eigentum, über das der Mensch verfügen kann. Für ihn ist sie ein Geschenk Gottes.“ Als evangelischer Christ bat Carstens, „das Gedenken an Martin Luther auch zum Anlaß einer Selbstprüfung zu nehmen“. In zweifacher Hinsicht empfahl er dabei die Orientierung an Luther: Er verwies auf dessen Glauben an die Kraft des Wortes, der aus unseren Ängsten herausreißen könne („Müßten wir unseren Mitmenschen nicht zuversichtlicher, getrösteter und erlöster gegenüber treten?“) und auf dessen Sicht des Staates. Luther habe es als verhängnisvollen Irrtum angesehen, die Welt mit dem Evangelium anstatt mit der Vernunft regieren zu wollen.

Auf Luthers berühmte Umschreibung der „Freiheit eines Christenmenschen“, der Christ sei freier Herr und gleichzeitig dienstbarer Knecht aller Dinge, die Carstens angeführt hatte, berief sich auch *Philip Potter*, der Generalsekretär des ÖRK. Potter, der die ökumenische Bewegung als Weiterführung der Reformation bezeichnete, setzte den Akzent allerdings anders: „Mit dem lebendigen und alles er-

schütternden Wort entlarvte Luther die Mächte des Bösen in seiner Zeit. Das ist auch unsere Aufgabe heute ... Luthers Dienst war prophetisch. So muß auch unser Dienst sein.“

Minimalkonsens in der Friedensfrage

Daß man Luthers Staatsverständnis auch in einer anderen Richtung aktualisieren kann, als dies in Worms Bundespräsident (und Bundeskanzler) taten, zeigte sich in den Beiträgen zweier Landesbischöfe aus der DDR. In einem Festvortrag wandte sich der frühere Magdeburger Landesbischof *Werner Krusche* gegen eine verkürzende Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre, die Evangeliumsverkündigung und Politik als Bereich der Vernunft auseinanderreißt. Dem stellte er unter Berufung auf Luthers Mahnungen an die Regierenden seiner Zeit die These gegenüber: „Das Handeln nach dem Liebesgebot der Bergpredigt ist also in eminentem Sinn vernünftig.“ Die Liebe, so Krusche in einer griffigen Formel, sei nicht die Aufhebung, sondern die Wahrheit der Vernunft. Konkreter wurde der sächsische Landesbischof *Johannes Hempel*, der beim Festakt über die Erfahrungen der DDR-Kirchen im Lutherjahr berichtete: „Wir glauben nicht, daß weitere Raketen in Europa uns dem Frieden näherbringen oder den Abrüstungsverhandlungen in Genf zum Erfolg verhelfen. Wir meinen, daß weitere Raketen weitere Raketen gebären – und sonst nichts.“

Spätestens mit den Äußerungen Hempels – von den einen als das einzige mutige Wort in einer sonst auf staatlich-kirchliche Harmonie getrimmten Lutherfeier begrüßt, von den anderen als in diesem Rahmen unangemessene einseitige Stellungnahme kritisiert – hatte die *raube Wirklichkeit des Herbstes 1983* die Festlichkeiten zu Ehren des Reformators wieder eingeholt. Das zeigte sich dann auch auf der Synodaltagung der EKD, die sich an die Luthererhebung anschloß.

Bischof Lohse zeichnete in seinem Bericht an die Synode nochmals die Entwicklung der Friedensdiskussion in der EKD von der Friedensdenkschrift

von 1981 bis zum Wort des Rates vom September dieses Jahres (vgl. HK, November 1983, S. 499) nach. Dem schloß sich eine zum Teil leidenschaftlich geführte Diskussion an, in der die divergierenden Positionen im deutschen Protestantismus wieder einmal klar zum Vorschein kamen.

Angesichts der nicht zu überbrückenden Differenzen in der Frage, ob und wie die Kirche in Sachen Nachrüstung Partei ergreifen müsse, verwundert es nicht, daß man sich am Ende der Synodaltagung nur auf die Bekräftigung der Rats-Stellungnahme zur Friedensdiskussion vom September einigen konnte. Die Beschlußvorlage, in der es zur Entscheidung für oder gegen die Nachrüstung noch geheißen hatte: „Aus der Botschaft der Bibel wissen wir, daß wir auf jedem der beiden Wege schuldig werden“, wurde soweit gekürzt, daß sich die schließlich verabschiedete „Kundgebung“ auf zwanzig Zeilen beschränkt. In Übereinstimmung mit der Erklärung des Rats wird darin festgestellt: „Als Christen müssen wir sagen: Die Androhung gegenseitiger Vernichtung widerspricht dem Geist Christi und ist Ausdruck unserer Sünde. Deshalb muß das System nuklearer Abschreckung überwunden werden.“

Auf dem mühsamen Weg zur Einheit

Eine weitere Kundgebung galt dem Schwerpunktthema der Synodaltagung, „Reformation und Einheit der Kirche“. Auch wenn sich angesichts der gegenwärtigen Friedensdiskussion stärker alte Spannungen und Traumata des deutschen Protestantismus in den Vordergrund schoben, die sich zum guten Teil auf Luther zurückfüh-

ren lassen: Es war in jedem Fall sinnvoll, mit der feierlichen Erinnerung an den Reformator den Blick auf die heutige ökumenische Situation und auf den weiteren Weg der getrennten Kirchen zueinander zu verbinden.

Dabei ging es sowohl um die innerprotestantische Ökumene wie um die größere ökumenische Gemeinschaft. Der lutherische Theologe *Wenzel Lohff* referierte über die Bedeutung der vor zehn Jahren geschlossenen „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ (als „Leuenberger Konkordie“ bekannt) und der in Wien lehrende Systematiker *Ulrich Kühn* beschäftigte sich mit den Konvergenzerklärungen der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung zu Taufe, Eucharistie und Amt („Lima-Texte“), die allen Mitgliedskirchen des ÖRK und der katholischen Kirche zur Stellungnahme vorliegen. Einen weiteren ökumenischen Farbtupfer erhielt die Synode durch einen Beitrag des Erzbischofs von Canterbury, *Robert Runcie*, der von dem 1982 vorläufig gescheiterten Projekt einer anglikanisch-protestantischen Kirchengemeinschaft in England berichtete.

Sowohl im Blick auf die „Leuenberger Konkordie“ wie auf die Lima-Erklärungen setzte man in Worms ein Zeichen: Zum einen wurde die Leuenberger Konkordie in die *Grundordnung der EKD* aufgenommen, in deren Artikel 1, Absatz 4 es künftig heißt: „Zwischen den Gliedkirchen besteht Kirchengemeinschaft im Sinne der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie)“. Gleichzeitig wurde der Artikel 4 neu gefaßt: Demnach besteht jetzt innerhalb der EKD offiziell Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Wurde mit der Änderung der Grund-

ordnung eine längst überfällige und in keiner Beziehung umstürzende Entscheidung getroffen, so konnte in bezug auf die Konvergenzerklärungen von Lima nur ein *erster Anstoß* gegeben werden. Gliedkirchen und Gemeinden wurden ermuntert, sich der Herausforderung durch die Texte „frei und ohne Angst um die eigenen Besitzstände“ zu stellen. Sie sollten sich daher fragen, „worin wir mit den anderen Kirchen und sie mit uns übereinstimmen, was wir von ihnen zu lernen haben und was nach unserem Verständnis der Heiligen Schrift noch hinzugefügt oder verändert werden müßte“. Das Wormser Referat von Ulrich Kühn vermittelte für den Rezeptionsprozeß der *Lima-Texte* in den evangelischen Kirchen wichtige Anstöße. Kühn wies darauf hin, daß von dem Text über die Eucharistie die größten Rückwirkungen auf geistliches Leben und Theologie im Protestantismus zu erwarten seien und versuchte aufzuzeigen, wie man von der Erklärung über das Amt aus zu einer evangelisch-katholischen Verständigung in dieser ökumenischen Gretchenfrage kommen könnte.

Sowohl die Überlegungen zu „Reformation und Einheit der Kirche“ wie Friedensdiskussion in Worms haben deutlich gemacht, daß der Rückblick auf Person und Werk Luthers nicht von den Spannungen freigehalten werden kann, denen sich der deutsche Protestantismus gegenwärtig ausgesetzt sieht. Worum es dabei letztlich geht, dafür gab Landesbischof Lohse in seinem Rechenschaftsbericht einen entscheidenden Hinweis: Es komme für alle Glieder und Diener der Kirche darauf an, Wichtiges von weniger Wichtigem und Vorletztes von Letztem zu unterscheiden. U. R.

Mitterrand und der Zwang der Realitäten

Kein Sozialismus à la française

Der Erfolg oder Fehlschlag der Mitte 1982 eingeleiteten und im Frühjahr 1983 wesentlich verschärften wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik ist für die Bilanz des zunächst mit der Wahl François Mitterrands zum französischen Präsidenten im Mai 1981 verbundenen sozialistischen Experimente belanglos. Allein die Tatsache,

daß eine derartig weitreichende Kursberichtigung erforderlich wurde, läßt erkennen, daß die sozialistisch-kommunistische Koalition gezwungen war, auf einen wichtigen Teil ihrer ursprünglichen sozialistischen Ziele zu verzichten, um sich nicht dem Risiko eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs mit schwerwiegenden sozialen